

Amerika – eine deutsche Wunde

Als Urheber der deutschen Wiedergutwerdung stören die USA

von Richard Herzinger

Unter amerikanischem Schutz florierte Deutschland. Jetzt will sich das Land endlich von den USA abnabeln. Dabei geht es nicht um Politik, sondern um Identität. Die neue Selbstdefinition wird auf dem Terrain der Vergangenheit gesucht und artikuliert sich als Stolz auf die gelungene Läuterung. Ein friedliches Europa anstelle der machtbewussten USA soll nun der Welt zum Vorbild dienen. Doch ein Ende der amerikanischen Supermacht sollte sich Deutschland lieber nicht wünschen.



Dr. RICHARD HERZINGER, geb. 1955, arbeitet als Deutschland-Korrespondent der Züricher *Weltwoche* in Berlin. Er ist Buchautor und verfasste zahlreiche Aufsätze und Essays zur deutschen und internationalen Politik und Kultur. 2001 erschien von ihm „Republik ohne Mitte“.

Vielen amerikanischen Beobachtern fällt es schwer, die Gründe für das Anwachsen anti-amerikanischer Affekte oder doch zumindest einer massiven Amerika-Skepsis in Westeuropa zu begreifen – 60 Jahre nach seiner Befreiung vom Nationalsozialismus und 15 Jahre nach dem Kollaps des Kommunismus. Wären doch beide Ereignisse ohne die maßgebliche Beteiligung der USA undenkbar gewesen. Am unverständlichsten erscheint aus amerikanischer Sicht jedoch, was eigentlich ausgerechnet die Deutschen dazu treibt, auf eine solch misstrauische, wenn nicht gar feindselige Distanz zu ihrem engsten Verbündeten zu gehen.

Tatsächlich ist es nicht leicht, sich den heftigen Unmut vieler Deutscher gegen den einstigen demokratischen Ziehvater und Hauptprotektor zu erklären. Die amerikanische Präsenz in Deutschland fällt mit der glücklichsten Periode in der Geschichte dieses Landes zusammen. Unter der Oberaufsicht der Westalliierten und unter dem nuklearen Schutzschirm der Vereinigten Staaten hat sich die Bundesrepublik zu einer mustergültigen Demokratie entwickelt – nicht nur zu einer der stabilsten, sondern auch der wohlhabendsten und sozial abgesichertsten in der westlichen Welt. Freilich, gut 40 Jahre lang war ein Teil der Deutschen vom Genuss dieser Errungenschaften ausgeschlossen. Doch als die kommunistische Diktatur im Osten zusammenbrach, waren es einmal mehr die Amerikaner, die sich als der wohlmeinendste unter den ehemaligen westlichen Siegermächten erwiesen. Gegen den erheblichen Widerstand Großbritanniens unter Margaret Thatcher und Frankreichs unter François Mitterrand gaben die USA dem deutschen Wunsch nach einer raschen Wiedervereinigung jene Rückendeckung, ohne die sie niemals so zügig und reibungslos hätte verwirklicht werden können. Interessanterweise haben aber speziell die französischen Störmanöver bei der Wiedervereinigung im deutschen Bewusstsein keine Spuren von antifranzösischen Ressentiments hinterlassen.

Über die Franzosen sagt ein beliebtes *Aperçu*, sie würden den Amerikanern niemals verzeihen können, von ihnen befreit worden zu sein. Das stimmt allein deshalb, weil die Erinnerung an den amerikanischen Triumph die Grande Nation auch an die Schande erinnert, vor dem nationalsozialistischen Eroberer fast kampflos in die Knie gegangen zu sein. Der Spruch ist aber nicht zuletzt deshalb so treffend, weil darin die neurotisch-familiäre Konkurrenzbeziehung der Franzosen zum amerikanischen Emporkömmling zum Ausdruck kommt. Frankreich und die USA gelten als Urmodelle westlicher Demokratie, es verbinden sie die gemeinsamen Wurzeln von Aufklärung

und Revolution. Doch für Frankreich, das sein Selbstverständnis lange Zeit darauf gründete, den zivilisatorischen Maßstab für die gesamte Welt abzugeben, ist es nicht leicht zu verkraften, dass die USA ihm dabei eindeutig den Rang abgelaufen haben. Der strukturelle französische Antiamerikanismus ist daher wesentlich ein kultureller – man konkurriert mit dem einstmals kleinen, jetzt aber zu überwältigender Größe angewachsenen Bruder in Übersee nicht nur um geopolitischen Einfluss und Absatzmärkte, sondern auch im Wettbewerb darum, wer die genuin westliche Lebensart und das wahrhaft demokratische Gesellschaftsideal verkörpert.

Weg von den USA – aber wohin?

Vor allem aber ist die Nachkriegsepoche, die den Aufstieg der USA zur Supermacht mit sich brachte, für die ehemalige Welt- und Kolonialmacht Frankreich mit dem Niedergang ihrer weltpolitischen Bedeutung verbunden. Die französischen Ressentiments gegen Amerika mögen daher überzogen und irrational sein, sie sind aber doch relativ leicht erklärlich. Deutschland hingegen hat im Zeichen der amerikanischen Vorherrschaft seit dem totalen Zusammenbruch von 1945 einen ständigen Aufstieg erlebt – in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht und schließlich auch auf dem weltpolitischen Terrain. Von der engen Bindung an die USA haben die Deutschen stets nur profitiert – und es ist nicht zu erkennen, warum diese Erfolgsgeschichte nicht auch unter den veränderten Bedingungen der vollen deutschen Souveränität seit 1990 weiter gehen sollte. Deutschland hat, anders als Frankreich (etwa in Afrika) keine traditionellen Einflusszonen gegen ein amerikanisches Vordringen zu verteidigen. Wo der amerikanische Einfluss wächst, verbessern sich in aller Regel auch die deutschen Möglichkeiten, sei es in ökonomischer oder politischer Hinsicht.

Die gängige Antwort auf die Frage, warum sich die Stimmung in Deutschland so heftig gegen die USA gewendet hat, lautet natürlich: George W. Bush. Doch bei genauerem Hinsehen trägt sie nicht weit. Zwar haben Bushs Irakkriegspläne primäre nachkriegsdeutsche Ängste geweckt: die Befürchtung, Deutschland könne als „Vasall“ in einen Krieg hineingezogen werden, der sie angeblich gar nichts angehe, und am Ende gar als Unterabteilung einer Besatzungsmacht in einen verlustreichen Dauerkonflikt verwickelt werden. Doch aus dieser befürchteten Misere hätte es auch andere Auswege geben können als eine Totalverweigerung, ja gar als eine grundsätzliche Frontstellung gegen die USA an der Seite Frankreichs. Und es besteht vor allem heute, da das amerikanische Projekt der Demokratisierung des Nahen Ostens zumindest in Umrissen erfolgreich ist, kein Anlass, diesen Gestus der demonstrativen Brüskierung Amerikas fortzusetzen – wie das jetzt in der Frage der Aufhebung des Waffenembargos gegen China geschieht.

Zudem ist die heftige Ablehnung amerikanischer Außenpolitik durch eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchaus kein neues Phänomen. Schon in den achtziger Jahren, in der Amtszeit von Präsident Reagan, beherrschte der Verdacht, die amerikanische Regierung wolle einen Weltkrieg vom Zaun brechen, große Teile der Öffentlichkeit. Damals gab die amtierende Bundesregierung dieser Stimmung nicht nach. Im Frühjahr 2003 jedoch, kurz vor dem

Deutschland hat im Zeichen der amerikanischen Vorherrschaft einen ständigen Aufstieg erlebt.

Kriegs-Enden

Angriff der USA auf den Irak, konnten sich hunderttausende von Demonstranten in ihrem Protest gegen die amerikanische Politik mit ihrer Regierung im Einklang fühlen.

Die Opposition gegen den Irak-Krieg hatte durchaus programmatisches Kalkül.

Es wäre zu einfach, diese Veränderung nur auf den unterschiedlichen ideologischen Hintergrund der Regierungen Kohl und Schröder zurückzuführen. Alte Prägungen durch einen linken „Antiimperialismus“ mögen bei der tiefen Abneigung Schröders und seiner Partei gegen die offensive Außenpolitik der Bush-Administration eine gewisse Rolle spielen. Aber Schröders amerikaskleptische Grundhaltung ist im Ganzen gesehen kein Ausdruck einer „linken“ Politik. Sein frühes kategorisches „Nein“ zum Irak-Krieg und sein Festhalten daran gehörten zu den wenigen wirklichen „Bringern“ seiner bisherigen Regierungszeit. Es wurde und wird von einer großen Mehrheit der Deutschen, weit über Partei- und Lagergrenzen hinaus, unterstützt.

Gleichwohl handelte es sich dabei um mehr als eine populistische „Bauchpolitik“, die von Reflexen und Affekten gesteuert wird. Schröders Fundamentallopposition gegen den Irak-Krieg hatte durchaus programmatisches Kalkül. Mit seiner Formel von der „vorbehaltlosen Solidarität“ mit den Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 und der aktiven Beteiligung der Bundesrepublik an der Militäraktion in Afghanistan beseitigte er auch die letzte Schranke, die einer weltweiten Aktionsfähigkeit der Bundeswehr im Wege stand – die Bundeswehr agierte nun auch außerhalb Europas, nachdem mit dem Kosovo-Krieg bereits das Tabu gebrochen worden war, das viele Jahre lang einen Kampfeinsatz deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebiets undenkbar gemacht hatte. Doch dieser enge Schulterschluss mit den USA brachte dem Kanzler und seinem Außenminister in der Linken heftige Kritik ein – und nicht nur dort: Joschka Fischer wurde von Rudolf Augstein im *Spiegel* bereits vor dem 11. September als ein Vasall der Amerikaner geschmäht, der seinen früheren linksradikalen Antiamerikanismus nun durch bedingungslosen Gehorsam gegenüber Washington überkompensiere.

Abnabelung vom großen Bruder

Teile der Grünen, vor allem aber die Sozialdemokratie, stimmten dem Einsatz in Afghanistan nur widerwillig zu. Die Irak-Konfrontation kam dem Kanzler daher wie gerufen, gab sie ihm doch die Gelegenheit, sein Negativimage als vermeintlicher Befehlsempfänger des großen Bruders in Übersee drastisch zu korrigieren. Sein Verhalten in der Irak-Krise folgte aber derselben Leitlinie wie das im Afghanistan-Krieg: Es galt, Deutschland neue Spielräume nationaler Interessenpolitik zu eröffnen und das Land als eigenständigen Mitspieler ins Geschäft zu bringen. Schröders Diktum, die deutsche Außenpolitik werde in Berlin, nicht in Washington gemacht, brachte dies – mit einem Augenzwinkern in Richtung anti-amerikanischer Affekte – innerhalb und außerhalb seiner Partei auf den Punkt.

Doch die strategische Zielrichtung einer solchen deutschen Abnabelungspolitik bleibt seitdem in hohem Maße unklar. Um die Idee einer „multipolaren Welt“, die Schröder in Dreiertreffen mit Frankreichs Staatspräsident Chirac und Russlands Präsident Putin (zuletzt wurde auch der sozialistische spanische Ministerpräsident Zapatero hinzugezogen) gerne beschwört, Wirklich-

keit werden zu lassen, fehlen der deutschen Außenpolitik bei weitem die realen Machtmittel. Und die Vision eines starken geeinten Europas mit einem einheitlichen Gewicht in der Weltpolitik, in dem deutsches Interesse aufgehen könnte, ist bis dato nur rhetorischer Natur, wenn nicht pure Utopie. Auch unter ökonomischen Gesichtspunkten ist es höchst fraglich, ob die schroffen Unabhängigkeitsgesten Schröders gegenüber den USA tatsächlich von rationalen Interessen geleitet sind. Von einer Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China etwa könnte die deutsche Wirtschaft allenfalls indirekt profitieren. Deutsche Waffenexporte nach China kämen auch danach einstweilen nicht in Frage. Die deutsche Rüstungsindustrie, die auf den riesigen amerikanischen Rüstungsmarkt drängt, sieht in Schröders unilateralem Starrsinn in der Embargofrage sogar eine große Gefahr. Sollten die USA ihre Drohungen wahr machen und auf eine Aufhebung des Embargos mit Einschränkungen im Technologietransfer antworten, würden die Europäer, und namentlich die Deutschen, ohne Zweifel den Kürzeren ziehen.

Schröders Position in der Embargofrage zielt vor allem darauf, sich den chinesischen Machthabern als zuverlässiger Partner zu präsentieren. Davon erhofft er sich eine wohlwollende Haltung der chinesischen Seite bei künftigen Geschäftsabschlüssen mit der deutschen Industrie – und chinesische Unterstützung bei dem Streben Deutschlands nach einem ständigen Sitz mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat. Doch es bleibt rätselhaft, warum die Bundesregierung eigentlich so massiv auf diesen Sitz drängt – wie es sogar unklar bleibt, ob – wie von Schröder postuliert – das Vetorecht von den Deutschen tatsächlich als *conditio sine qua non* für einen Sitz betrachtet wird, oder die ganze Kampagne dafür – die Variante Fischer – in erster Linie als Druckmittel dient, eine grundlegende UN-Reform voranzutreiben. Abgesehen davon, dass ein deutscher Sitz dem erklärten Ziel eines künftigen EU-Sitzes im Sicherheitsrat widerspricht, was die nationalen Zentrifugalkräfte im von den Deutschen doch angeblich so sehr erwünschten europäischen Einigungsprozess nur verstärken könnte: Es ist nicht deutlich, wofür die Deutschen diesen Sitz eigentlich wollen. Sind sie tatsächlich bereit, über Krieg und Frieden in den entferntesten Weltteilen nicht nur mitzuentcheiden, sondern für das eine wie für das andere federführend aktive, auch militärische Verantwortung zu übernehmen? Diese Bereitschaft würde erheblich mit der gegenüber den Amerikanern stets ins Feld geführten Feststellung kollidieren, die Bundeswehr sei bereits jetzt an der Grenze ihrer internationalen Leistungsfähigkeit angekommen. Freilich, es gibt Bestrebungen, die eigenen militärischen Strukturen im Rahmen der EU den neuen globalen Erfordernissen anzupassen. Aber bis solche Planungen tatsächlich Früchte tragen, wäre die Einnahme eines ständigen Sitzes doch wohl eine Umkehrung der logischen Reihenfolge.

Die deutsche außenpolitische Emanzipation von der Vormundschaft der Vereinigten Staaten bleibt somit auf eigenartige Weise virtuell und in symbolischen Gesten befangen. Ungeachtet aller neudeutschen Kraftmeierei bleiben die USA der wichtigste strategische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Partner Deutschlands. Die konfuse, hakenschlagende deutsche Außenpolitik kann die Amerikaner vielleicht irritieren, schlimmstenfalls die Verwirklichung ihrer Absichten – etwa die eines Regimewechsels in Iran – erschweren. Eine wirkliche

Es bleibt rätselhaft, warum die Bundesregierung so massiv auf einen Sitz im Sicherheitsrat der UN drängt.

weltpolitische Alternativstrategie aber hat Deutschland, selbst im punktuellen – und nach demokratischen Wertmaßstäben höchst problematischen – Zusammenspiel mit Russland und China nicht im entferntesten zu bieten.

Der Schluss liegt daher nahe, dass es sich beim jüngsten Distanzierungskurs von Amerika mehr um eine identitäts- und geschichtspolitische als um eine realpolitische Operation handelt. Sie ist deshalb nicht weniger Ernst zu nehmen – eher im Gegenteil. Denn jenseits des tagespolitischen Interessenskalküls werden in diesem Prozess der Verschiebung geschichtspolitischer Parameter langfristige Grundlagen für eine fortschreitende Entfremdung, wenn nicht Abkoppelung Deutschlands von den USA gelegt. Die Folgen könnten durchaus andere sein als sich Sozialdemokraten und Grüne dies heute vorstellen.

Denn die Demonstration neuen nationalen Selbstbewusstseins durch die rot-grüne Regierung basiert auf idealistischen Annahmen der neunziger Jahre, die heute wie Seifenblasen zu zerplatzen drohen. Im Anschluss an die

Das Thema einer nationalen Selbstfindung rückt in das Zentrum deutscher Debatten.

Philosophie von Jürgen Habermas trat Rot-Grün mit der Vorstellung die Macht an, im sich fortschreitend integrierenden Europa hätten sich „postnationale“ Staaten herausgebildet, die ihre nationalstaatliche Interessenpolitik zugunsten einer Art europäischer Supraidentität

überwinden könnten. Joschka Fischer stützte sich auf diese geschichtsphilosophische Prognose, als er vor drei Jahren in einer Grundsatzrede den Aufbau föderal strukturierter Vereinigter Staaten von Europa beschwor. Von dieser Vision ist schon längst keine Rede mehr. In Europa hat ein Renationalisierungsprozess eingesetzt, der die Interessenskonflikte zwischen den einzelnen EU-Staaten immer deutlicher hervortreten lässt und vom Dominanzgebaren der Achse Paris–Berlin kräftig genährt wird. Hinter der scheinbaren Symbiose der einstigen Erzfeinde werden dabei aber auch die potenziellen Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich erkennbar. Sollten die Franzosen Ende Mai die EU-Verfassung ablehnen, bekämen diese inner-europäischen Fliehkräfte einen zusätzlichen mächtigen Schub. Statt eines „Kerneuropas“ – dies war die nächste Vision des Geschichtsdenkers Joschka Fischer –, das als eine Art Avantgarde den Rest in eine immer engere gemeinsame Zukunft mitnimmt, würden wir ein Europa der stets wechselnden Allianzen im andauernden inneren Interessenskonflikt vor uns sehen.

Auf der Suche nach den verlorenen Werten

Die Frontstellung gegen Amerika diente im „postnationalen“ Diskurs der Projektion einer europäischen Identität als Gegenstand eines alternativen Weltordnungsentwurfs. Statt der amerikanischen, auf Vorherrschaft ausgerichteten Machtpolitik sollte das durch die schlimmen Erfahrungen mit Krieg und Nationalismus zu struktureller Friedfertigkeit geläuterte Europa dem Rest der Welt als eine Art Leuchtturm dienen, der den Weg zu gewaltfreier, kooperativer Konfliktbewältigung weist. Als transkontinentale Agentur dieser europäischen Mission gelten im Koordinatensystem dieser Ideologie die UN. Diese Ideen, die von Jürgen Habermas und Jacques Derrida vor zwei Jahren in einem programmatischen Artikel in der *FAZ* noch einmal in aller Deutlichkeit und Weltfremdheit niedergelegt wurden, zerschellen jetzt an der Tatsache, dass sich überall in der Welt Kräfte regen, die sich nicht in einem

Diskurs über Konfliktlösungsstrategien zivilisieren, sondern nur entweder eindämmen oder gewaltsam bekämpfen lassen.

Da sich die Erwartung, das deutsche Nationalgefühl werde sich eines Tages in eine europäische Identität transzendieren und damit jede Gefährlichkeit einbüßen, als illusionär erweist, rückt das Thema einer neuen nationalen Selbstfindung immer stärker in den Mittelpunkt der deutschen Debatten. Es geht dabei im Kern um die neue weltpolitische Rolle, die Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges und als zentrale Mittelmacht zu spielen hat. Doch vorwärtsgerichtete Diskussionen, die deutsche Interessen unverblümt benennen und daraus strategische Orientierungen ableiten, sind hierzulande kaum möglich. Nicht nur die Hypothek der nationalsozialistischen Vergangenheit lässt die politische und intellektuelle Klasse vor einer derartigen offenen Aussprache über die realen Gefahren und Möglichkeiten der neuen Weltlage zurückschrecken. Das deutsche Bewusstsein bleibt zudem tief in der komfortablen Sondersituation der alten Bundesrepublik verhaftet, die es erlaubte, weltpolitische Konflikte gleichsam von einer Zuschauertribüne aus zu beobachten, ohne konkrete Lösungsoptionen entwickeln zu müssen. Zwar wird immer lauter der Wunsch artikuliert, nunmehr in der Weltpolitik ein der Größe und dem Gewicht des neuen Deutschlands angemessenes Wort mitreden zu dürfen. Doch es fehlt an dem gedanklichen Instrumentarium, um dieses Wort auch formulieren zu können.

Die neue Selbstdefinition wird daher auf jenem Terrain gesucht, auf dem sich die Nachkriegsdeutschen ohnehin am besten auskennen: in der Vergangenheit. Das neue nationale Selbstbewusstsein sucht nach einem ihm angemessenen Geschichtsbild, das es grundieren und ihm die nötige innere Freiheit zum Handeln geben soll. Versuche, das neue positive Nationalgefühl von Epochen aus der Zeit vor 1933 abzuleiten, etwa aus der Tradition Preußens oder dem Geist des klassischen deutschen Idealismus, haben sich als untauglich erwiesen. Die Leitbilder, die dabei hervorgeholt wurden, können vor dem schwarzen Loch des deutschen Zivilisationsbruchs keine kollektive Leuchtkraft mehr entwickeln. Notwendigerweise konzentriert sich der neue Vergangenheitsdiskurs daher auf den Nationalsozialismus und die Interpretation des Zweiten Weltkriegs, die aus einem neuen Blickwinkel heraus beleuchtet und erzählt werden sollen. Doch handelt es sich bei diesem Bestreben keineswegs um einen platten Revisionismus oder Relativismus. Die Feststellung und Erinnerung deutscher Schuld beziehungsweise der „Verantwortung“ der Nachgeborenen gehört, wie Gerhard Schröder kürzlich in seiner Rede zum Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald explizit betonte, inzwischen zur „nationalen Identität“ der Deutschen. Das bedeutet aber auch: Die Deutschen haben sich die Opfergeschichte mittlerweile angeeignet und in ihre eigene nationale Geschichtszählung eingebaut.

Das Aufrechterhalten einer intensiven „Gedenkkultur“ an die Gräueltaten des nationalsozialistischen Deutschlands darf aber, und dies ist das zentrale Dilemma dieser Konstruktion, das optimistische, zukunftsorientierte Lebensgefühl des neuen, in eine weltpolitische Führungsrolle strebenden Deutschlands nicht mehr stören. Die Erinnerung muss daher so eingesetzt werden, dass sie die extreme Differenz zwischen der bösen, „dunklen“ Epoche und der Gegen-

Das neue nationale Selbstbewusstsein sucht nach einem angemessenen Geschichtsbild.

wart eines geläuterten, demokratischen und friedlichen Deutschlands, das seine Lehren aus der Vergangenheit gründlich begriffen hat, immer deutlicher hervortreten lässt. Die Eigenleistung der Deutschen bei der Überwindung ihrer schlimmen Vergangenheit muss immer stärker betont werden, soll doch glaubhaft werden, dass die Deutschen in Zukunft ohne therapeutische Oberaufsicht durch westliche Kontroll- und Erziehungsmächte aus ihrer eigenen nationalen politischen Kultur heraus zuverlässige, ja vorbildliche Demokraten bleiben werden.

Wir wollen uns in Zukunft anders, nämlich moralisch gleichrangig fühlen können.

In dieser Perspektive erscheint Amerika als das mächtigste Haupthindernis für die benötigte Begrädigung der Vergangenheit. Denn so stolz die Deutschen zu Recht auf den Aufbau ihrer gut funktionierenden und mittlerweile sehr stabilen Demokratie sind – es bleibt das Ärgernis, dass diese Leistung nicht ohne einen gewaltsamen Eingriff von außen und die Anwesenheit eines Umerziehers und Supervisors hätte auf die Bahn gebracht werden können. Diese nagende, unterschwellige Kränkung des eigenen demokratischen Selbstbewusstseins erklärt wohl die Verbitterung, mit der die Debatte über alliierte Schuld derzeit vielerorts geführt wird. Auffällig ist etwa der Furor, mit dem der Historiker Jörg Friedrich immer wieder die Bombardements deutscher Städte durch die Westalliierten als Kriegsverbrechen und Massenvernichtungsaktionen geißelt, obwohl es doch längst anerkannter Konsens ist, dass auch deutschen Zivilisten, schon gar wenn sie Kinder waren, im Krieg schlimmes Unheil und Unrecht zugefügt worden ist. Die Frage ist freilich, worauf Friedrich mit seinem agitatorischen Insistieren auf den verbrecherischen und massenmörderischen Charakter des Luftkriegs eigentlich konkret hinaus will. Sollen sich Großbritannien und die USA für diese Taten beim deutschen Volk entschuldigen? Sollen eventuelle Wiedergutmachungsleistungen gezahlt werden? Sollen wir Mahnmale auch für deutsche Bombenkriegsopfer bauen? Zu solchen konkreten Fragen äußert sich der Historiker meines Wissens nach nicht.

Bombenkrieg zur Rettung der europäischen Zivilisation

Es ist aber gerade dieses zornige Reden in einen offenen, undefinierten Raum hinein, das die Aggressivität seiner Anklage so eigenartig macht – zumal sie, wie die enormen Verkaufszahlen von Friedrichs Buch „Der Brand“ zeigen, auf einen breiten Resonanzboden stößt. Es herrscht in der deutschen Öffentlichkeit offenbar ein starkes Bedürfnis, den Fall „Bombenkrieg“ noch einmal neu aufzurollen, ohne ihn aber vor eine konkrete Richtinstanz zu bringen. Es soll sich dadurch nicht faktisch etwas ändern; wir sollen deshalb keinen institutionellen oder zwischenstaatlichen Konflikt mit unseren westlichen Verbündeten riskieren – der Zweck der Übung ist vielmehr nach Innen gerichtet: Wir wollen uns bei der Betrachtung unserer Unheilsgeschichte in Zukunft anders, nämlich moralisch gleichrangig fühlen können.

Für den Historiker Joachim Fest zum Beispiel gibt es, wie er kürzlich in einem Interview mit der *Berliner Zeitung* sagte, zwar einen „politischen“, aber keinen moralischen Unterschied zwischen gezielten Morden an der Zivilbevölkerung wie denen im französischen Oradour und den Bombenabwürfen auf Dresden. „Politisch ist die Sache für mich klar zu beantworten“, erklärt Fest. „Nur moralisch und kulturell ist es unverantwortlich. In Würz-

burg, Dresden, Halberstadt, Hildesheim sind Kleinodien der europäischen Kultur willkürlich zerstört worden, und es gab keinen militärischen oder anderen Grund dazu.“

Ähnlich, freilich noch wesentlich rigoroser und kategorischer, argumentiert auch Jörg Friedrich. Dass Deutschland den Krieg vom Zaun gebrochen habe, könne keinerlei moralische Rechtfertigung dafür abgeben, als Strafe zehntausende von deutschen Zivilisten in einer Nacht durch Flächenbombardements zu verbrennen. Dagegen ist an sich nichts zu sagen. Tatsächlich ist für das wahllose Töten von Zivilisten unter keinen Umständen eine rechtliche oder moralische Rechtfertigung möglich. Doch dass es bei Friedrich und Fest um mehr geht als das Insistieren auf diese Selbstverständlichkeit, erschließt sich erst, wenn man betrachtet, was sie in ihrer Argumentationsführung auslassen.

Die Rede ist bei ihnen nämlich immer nur vom „Krieg“: Die Deutschen haben ihn begonnen, und deshalb sind sie „politisch“ für die Folgen verantwortlich. Doch moralisch verbiete es sich, ein Kriegsverbrechen gegen ein anderes aufzuwiegen, nur weil einer der beiden Kontrahenten damit begonnen habe. Der stereotype Einwand, Dresden sei sicher ein Kriegsverbrechen gewesen, doch es habe ja zuerst die Vernichtungsbombardements gegen Coventry und Rotterdam gegeben, reicht nicht aus, denn damit machen sich die Kritiker von Positionen, wie sie Friedrich und Fest vertreten, gegen deren Replik hilflos.

Klarer wird der Grund für die Entfesselung des alliierten Luftkriegs erst, wenn man sich vergegenwärtigt, was vor Dresden noch alles geschehen ist. Sicher gab es Coventry und Rotterdam, doch dies war bestimmt nicht der Hauptgrund für die Bedenkenlosigkeit, die die Alliierten bei der Niederwerfung des Nationalsozialismus an den Tag legten. Übrigens war dieser Hauptgrund auch nicht Auschwitz, von dem zu dieser Zeit noch so gut wie gar nicht die Rede war. Erklärlich wird die Enthemmung der Alliierten bei der Wahl ihrer Mittel erst, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Hitlers Krieg kein „normaler“, wenn auch mit noch so massenmörderischen Konsequenzen geführter Krieg war. Es handelte sich vielmehr um einen Vernichtungs- und Versklavungskrieg, um einen Angriff auf die Grundlagen der europäischen und westlichen Zivilisation, wie sie aus einem mindestens zweitausendjährigen europäischen Selbstverständnis hervorgegangen war. Hätte Hitler gesiegt, hätte er die „Rassen“ und „Völker“ in höher- oder minderwertige eingeteilt und sie je nachdem toleriert, assimiliert, dezimiert und zu Nutztieren des „Herrenvolks“ degradiert, oder sie gänzlich ausgerottet. Nicht nur das Ausmaß des hemmungslosen Mordens, das den Krieg der Nazis begleitete, machte sie zum größten Feind der Menschheit aller Zeiten, sondern dass ihr Ziel die Auslöschung aller Werte war, auf die die europäischen Völker ihre Rechte und ihre Würde gegründet hatten.

Diesen Hintergrund auszuklammern und die Frage auf eine immanente Dynamik einer „modernen technologischen Kriegsführung“ zu reduzieren, bedeutet, die tatsächlichen moralischen Gewichte, die sich im Zweiten Weltkrieg gegenüberstanden, auf bedenkliche Weise zu verfälschen. Die Westalliierten standen dem schlimmsten Feind einer freien Menschheit gegenüber,

Die Westalliierten bekämpften den schlimmsten Feind einer freien Menschheit, den die Welt je gesehen hatte.

den die Welt je gesehen hatte, und dass sie die Welt vor ihm gerettet haben, setzt sie ins moralische Recht. An dieser grundsätzlichen Feststellung ändert sich auch nichts, wenn man feststellt, dass die Westalliierten Taten begangen haben, die aus heutiger Sicht als Verbrechen und schon gar als moralisch unvertretbar gelten müssen. Diese Taten können und sollen benannt werden, bewerten lassen sie sich aber nur im Kontext dessen, was in diesem Krieg auf dem Spiel stand.

Die amerikanische Urheber-
schaft ist der deutschen
Demokratie peinlich.

Heute gerät dieser Zusammenhang zunehmend aus dem allgemeinen Bewusstsein, weil wir im Geiste einer hoch emotionalisierten universalen Humanität nur zu sehr geneigt sind, das menschliche Leid der Opfer in den Mittelpunkt unserer moralischen Bewertungen zu stellen. So sind wir auch schnell bereit, von der Feststellung, dass die Opfer angesichts ihrer individuell erlittenen Qualen nicht untereinander hierarchisiert werden dürfen, auf die Gleichartigkeit der moralischen Schuld der Täter zu schließen, die ihnen dieses Leid zugefügt haben. Aus dem historischen Abstand heraus und im Willen, einstige Gräben nicht neu aufzureißen und die Versöhnung der Gegner von damals im Sinne einer gemeinsamen, besseren Zukunft abzusegnen, retten wir uns dann in Floskeln wie die, die Völker hätten sich gegenseitig Schreckliches angetan, das es zwar immer zu erinnern, aber auch in einem neuen Miteinander gemeinsam zu überwinden gelte.

Dieses Pathos der Nichtunterscheidung von Verbrechen ruft jedoch auch Kräfte auf den Plan, die mit seiner humanistischen Botschaft nichts im Sinne haben. Nicht zufällig tobt die rechtsextreme NPD in ihrer hasserfüllten Agitation gegen die „Völkermordzentrale USA“ und ihren „Luftterrorismus“, dessen „Blutspur“ von Hamburg über Dresden über Korea, Vietnam und Serbien bis zu den heutigen Kriegen in Afghanistan und Irak führe. In dieser Reihung bedient sie auch gleich noch die Affekte des linken „Antiimperialismus“ mit, und bringen damit viele „antifaschistisch“ gesonnene Demokraten in Verlegenheit, die den US-Krieg gegen Saddam Husseins Irak als widerrechtlichen Angriffskrieg verurteilt haben und nun nicht recht erklären können, warum sie dennoch an einer „Wertegemeinschaft“ mit den USA festhalten. Die Relativierungsparolen der Neonazis stoßen dabei weit über den Kreis ihrer engeren Anhängerschaft hinaus auf Gehör, namentlich bei der jungen Generation. Kurz nachdem NPD-Abgeordnete im Dresdner Landtag von einem „Bomben-Holocaust“ gegen das deutsche Volk gesprochen und einen republikweiten Skandal ausgelöst hatten, sagten bei einer Befragung der *Welt am Sonntag* 27 Prozent der unter 30-Jährigen, sie fänden nichts Anstößiges an diesem Begriff. Eine andere, spektakuläre Erhebung eines Bielefelder Forschungsinstituts erbrachte im vergangenen Jahr, dass 51 Prozent der Deutschen der Feststellung zustimmten, Israels Vorgehen gegen die Palästinenser ähnele den Kriegsverbrechen der Nazis.

Zwei friedliche Brüder

Gleichwohl hat die große Mehrheit der Deutschen mit hasserfülltem, extremistischem Antiamerikanismus und Antisemitismus mit Sicherheit nichts im Sinn. Dennoch sind solche Aussagen ein Indiz dafür, dass im Koordinatensystem unserer Demokratie etwas ins Rutschen gekommen ist. Ihre amerikanische Urheberschaft ist der deutschen Demokratie peinlich geworden. Die

untergründige Agenda ihrer jetzt mit voller Kraft in Gang gekommenen vergangenheitspolitischen Neujustierung ist es deshalb, im Rahmen einer neuen Geschichtserzählung die Rolle der USA bei der Befreiung Europas und beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands so weit wie möglich zu minimieren. Wenn schon nicht machtpolitisch, so möchte Deutschland doch zumindest moralisch mit den USA auf Augenhöhe stehen – wenn nicht sogar darüber. Als Vergangenheitsbewältigungs-Weltmeister sieht man sich durchaus legitimiert, seinerseits über moralische Defizite des ehemaligen Lehrmeisters zu urteilen.

Dies wurde bei den Reden von Jacques Chirac und Gerhard Schröder anlässlich des 60. Jahrestags der Landung in der Normandie im vergangenen Jahr paradigmatisch deutlich. „Europa hat seine Lektion gelernt, und gerade wir Deutschen werden sie nicht verdrängen“, rief Gerhard Schröder dort aus. „Europas Bürger und ihre Politiker tragen Verantwortung dafür, dass auch anderswo Kriegstreiberei, Kriegsverbrechen und Terrorismus keine Chance haben.“ Schröder und der französische Staatspräsident deuteten bei ihrem Auftritt in der Normandie die Frontlinien des Zweiten Weltkriegs in subtiler Weise um. Demonstrativ nannte Chirac den deutschen Bundeskanzler, mit dem er gerade der US-Mobilmachung gegen Saddam Hussein getrotzt hatte, seinen „Bruder“. Deutsche und Franzosen erschienen im Schulterchluss Schröder-Chirac als Schicksalsgemeinschaft, die vereint die einzig richtigen Lehren aus dem europäischen Verhängnis gezogen hat: Der Krieg habe als Mittel internationaler Konfliktlösung ausgedient. Die USA standen in Chiracs und Schröders Szenario somit als eine im Gestern verhaftete Macht da, die mit ihrem kriegerischen Übermut im Begriff sei, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Als Befreier von damals werde man ihr zwar „immer dankbar“ bleiben. Aber daraus soll sich kein Anspruch der Amerikaner auf politisch-moralische Führung mehr ableiten.

Doch der Schatten der militärischen und moralischen Übermacht USA wird durch solche Rhetorik nicht so ohne weiteres abzuschütteln sein. Denn nicht erst seit 1945 ist die deutsche Geschichte auf geradezu paradoxe Weise mit dem Werdegang der Vereinigten Staaten verbunden. Nicht nur dass sie Deutschland zweimal am Griff nach der Weltmacht gehindert haben. Ohne Deutschland wären die USA selber nie zu einer Weltmacht geworden. Jedenfalls waren es zwei vom Deutschen Reich angezettelte Kriege, die Amerika zum Eingriff in die Geschehnisse Europas zwangen – zumindest haben diese beiden Weltkriege den Aufstieg der USA zur globalen Supermacht erheblich beschleunigt.

Den Traum von der Weltmacht haben die Deutschen wohl endgültig begraben. Doch ganz tief im gegenwärtigen deutschen Selbstfindungsdiskurs scheint der heimliche Wunsch verborgen zu sein, dann wenigstens jene Macht, die es an Stelle Deutschlands bis ganz nach oben geschafft hat, doch noch scheitern zu sehen. Um unser selbst willen aber sollten wir hoffen, dass dieser Wunsch niemals in Erfüllung geht.